



Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.)

INKLUSION

Wege in die Teilhabegesellschaft



campus

Inklusion

Die Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte sowie als reformpolitische Zukunftswerkstatt. Ihr internationales Netzwerk umfasst über 100 Projektpartner in über 60 Ländern. Mehr unter: www.boell.de

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Inklusion

Wege in die Teilhabegesellschaft

Konzeption und Bearbeitung: Ole Meinefeld,
David Jügel, Stefan Schönfelder und Peter Siller

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50462-9 Print

ISBN 978-3-593-43282-3 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-43299-1 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2015 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Satz: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort.	11
Einleitung.	13
<i>Peter Siller, Stefan Schönfelder, Ole Meinefeld und David Jügel</i>	
I Strategie Inklusion: Überlegungen zu einem neuen Leitbegriff des Sozialen	
Was heißt Inklusion?	25
Zur Orientierungskraft eines aufstrebenden Begriffs <i>Peter Siller</i>	
Was für eine Gesellschaft wäre eine »inklusive Gesellschaft«? . .	37
<i>Heinz Bude</i>	
Die erste Frage der Gerechtigkeit.	44
<i>Rainer Forst</i>	
Was heißt öffentlicher Raum?	54
<i>Ole Meinefeld</i>	
II Von der Exklusion zur Inklusion: Die soziale Frage als Frage von Drinnen und Draußen	
Exklusion: Ursprung, Debatten, Probleme	75
<i>Janina Zeh</i>	
»Ene, mene, muh und raus bist du«	82
Zur Kontinuität von Ausschlusserfahrungen <i>Markus Schroer</i>	

	Inklusive Sozialpolitik und die Entwicklung des Teilhabegedankens	92
	<i>Frank Nullmeier</i>	
III	Vom Sonderbereich zur Inklusion: Die Arbeitsdebatte und die Frage nach dem gemeinsamen Ort	
	Soziale Inklusion – neue Triebfeder oder Modeerscheinung in der Sozialpolitik?	107
	<i>Ernst-Ulrich Huster</i>	
	(Irr-)Wege in die inklusive Arbeitsgesellschaft	122
	Über Exklusion und Inklusion im deutschen Arbeitsmarkt <i>Helmut Wiesenthal</i>	
	Wirtschaftsdemokratie.	138
	Politische Inklusion durch Eigentumsteilhabe <i>Tilo Wesche</i>	
	Der Arbeitsmarkt.	148
	<i>Axel Honneth</i>	
IV	Von der Gentrifizierung zur Inklusion: Der neue Kampf um die Städte und die Frage nach dem gemeinsamen Ort	
	Räumliche Segregation und innerstädtisches Ghetto	157
	<i>Hartmut Häußermann und Martin Kronauer</i>	
	Vielfalt und Repräsentation	180
	Über den Bedeutungsverlust der symbolischen Mitte <i>Martina Löw</i>	
	Vom Rand in die Mitte	192
	Migration und Stadtentwicklung <i>Felicitas Hillmann</i>	

V	Von der neuen Demokratiefrage zur Inklusion: Die Frage von sozialer Teilhabe und demokratischer Beteiligung	
	Sozial gespaltene Demokratie.	203
	Warum die niedrige Wahlbeteiligung der Demokratie schadet <i>Robert Vehrkamp</i>	
	Wie kann Bürgerbeteiligung inklusiv sein?	213
	Eine Analyse am Beispiel des Verfahrens Planungszelle/Bürgergutachten <i>Birgit Böhm</i>	
	Wählen, abstimmen und lösen.	226
	Auf der Suche nach Wegen aus der Formkrise der repräsentativen Demokratie <i>Hubertus Buchstein</i>	
VI	Von der Integration zur Inklusion: Die Migrationsdebatte und die Frage von Rechten und berechtigten Erwartungen	
	Kollaboration statt Integration.	239
	Interkulturelle Herausforderungen an die Stadt der Zukunft <i>Mark Terkessidis</i>	
	Demokratische Inklusion: Bürgerschaft oder Wahlrecht?	249
	<i>Robin Celikates</i>	
	Soziales und politisches Engagement von »Migranten«	260
	<i>Chantal Munsch</i>	
VII	Von der Inklusion zur Inklusion: Politik für Menschen mit Behinderungen und die Erweiterung der Barrierenanalyse	
	Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	277
	Eine Herausforderung für die Integrations- und Inklusionsforschung <i>Petra Flieger und Volker Schönwiese</i>	
	Inklusion – mehr als nur ein neues Wort?!	286
	Integrationsbegriff – selbstverständlich und unklar <i>Andreas Hinz</i>	

Inklusion als gesellschaftliche Herausforderung	292
Chancen und Risiken der zukünftigen Gesellschaft	
<i>Sylvia Löhrmann</i>	
Inklusive Bildung – ein pädagogisches Paradoxon	298
<i>Georg Feuser</i>	
VIII Vom Bildungsausschluss zur Inklusion:	
Die Schuldebatte und die Frage nach dem gemeinsamen Ort	
Inklusion ist auf dem Weg	315
<i>Matthias von Saldern</i>	
Der Index für Inklusion –	
Eine Hilfe für inklusive Schulentwicklung	326
<i>Andreas Hinz</i>	
Inklusion ist Lifestyle!	334
Der Index erobert eine Gemeinde. Ein Praxisbericht	
<i>Irene Gebhardt</i>	
IX Von der Vielfalt zur Inklusion:	
Der Diversity-Ansatz und die Frage nach Gruppen und Gründen	
Raus aus den Schubladen!	353
Diversity Management in öffentlichen Verwaltungen und die Einbeziehung von	
Intersektionalität	
<i>Alexander von Dippel</i>	
Jüd/innen und Türk/innen in Deutschland	363
Inklusion von Immigrant/innen, politische Repräsentation	
und Minderheitenrechte	
<i>Gökçe Yurdakul</i>	
Die Politik der Menschenrechte und die Frage der Inklusion . .	378
<i>Christian Volk</i>	

X	Von Gender zur Inklusion: Zum Ort der Geschlechterfrage auf dem Feld diverser Barrieren	
	Geschlechtergerechte öffentliche Institutionen.	389
	Von Umverteilung und Anerkennung <i>Petra Ahrens</i>	
	Inklusive Gender?	398
	Über Gender, Inklusion und Disability Studies <i>Heike Raab</i>	
	Mit Beteiligungsprozessen und Gender Planning zu inklusiven Freiräumen	412
	<i>Barbara Willecke</i>	
XI	Von der politischen Bildung zur Inklusion: Ziele und Zielgruppen politischer Bildungsarbeit	
	»Defizit« oder »Benachteiligung«	419
	Zur Dialektik von Selbst- und Fremdausschließung in der politischen Bildung <i>Helmut Bremer und Mark Kleemann-Göhring</i>	
	Eine inklusive Zukunft in der politischen Bildung ermöglichen! 435 Das Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB) <i>Anja Besand und Tina Hölzel</i>	
	Inklusion in der politischen Bildung – auf der Suche nach einem Verständnis	441
	<i>David Jügel</i>	
	Autorinnen und Autoren.	461

Vorwort

Kaum ein Begriff wird in der öffentlichen Diskussion so missverständlich verwendet wie der Begriff der Inklusion. Im Unterschied zum angloamerikanischen Raum wie auch zum europäischen Ausland wird er hierzulande oftmals auf den Aspekt der Barrierefreiheit für beeinträchtigte Menschen im öffentlichen oder beruflichen Bereich verengt. Kaum ein Begriff hat ein so hohes Potential, um einen entscheidenden Punkt in der Gerechtigkeitsdebatte deutlich zu machen: Gerechtigkeit zielt auf gleiche soziale und politische Teilhabemöglichkeiten der Bürger/innen und erschöpft sich nicht in sozialen Versorgungsleistungen. Aus dieser Perspektive werden verschiedene Felder des öffentlichen Raums, der öffentlichen Institutionen und Infrastrukturen zu Orten der gerechtigkeitspolitischen Debatte. Wie inklusiv sind diese Orte? Was sind die Mechanismen ihrer Schließung? Und welche Möglichkeiten der Veränderung, der Öffnung gibt es?

Mit dem vorliegenden Buch präsentiert der Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftung – die Bundesstiftung mit den Landesstiftungen – Antworten und Anregungen auf die drängenden Fragen in Bezug auf die Teilhabegerechtigkeit in einer demokratischen Gesellschaft. Im Rahmen des zweijährigen Verbundprojekts »*Hochinklusiv!* – Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft« wurden in zahlreichen Veranstaltungen Fragen zur Inklusion diskutiert und in die Öffentlichkeit getragen. Ziel war die Konturierung des Begriffs und eine Überprüfung, inwieweit die Anwendung des Begriffs auf unterschiedliche gesellschaftspolitische Aspekte wie »inklusive Arbeit« oder »inklusive Stadt« taugt. Thematisiert wurden auch aktuelle Exklusionsphänomene sowie die Entwicklung politischer Strategien.

Unser besonderer Dank gilt allen Kolleg/innen des Stiftungsverbundes, die das Thema auf sachkundige und engagierte Weise behandelt haben. Wir danken Mekonnen Mesghena und Ulrike Bürgel für die Koordination des Projekts, Carmen Herzog für ihre Unterstützung. Unser herzlicher Dank gilt allen Autor/innen für ihre Beiträge. Insbesondere danken wir aber Ole

Meinefeld und David Jügel für die kompetente und engagierte Begleitung des Buchprojekts. Nicht zuletzt bedanken wir uns bei den Bürger/innen und Experten/innen, die sich aktiv an den Veranstaltungen, Diskussionen und Publikationen beteiligt und damit die Grundlage für eine intensive Auseinandersetzung mit den Chancen und Grenzen einer inklusiven Gesellschaft beigesteuert haben.

Berlin, im Juni 2015

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Stefan Schönfelder

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Peter Siller

Leiter der Abteilung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung

Einleitung

Peter Siller, Stefan Schönfelder, Ole Meinefeld und David Jugel

Eine Gesellschaft nach Maßgabe der Teilhabegerechtigkeit für alle zu gestalten, Diversität und Pluralität als Fortschritt zu betrachten, kurz: Inklusion als Menschenrecht anzuerkennen erfordert eine umfassende Gerechtigkeitsdebatte und die Frage, wie Strukturen und Institutionen beschaffen sein müssen, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Der vorliegende Band widmet sich dem Thema Inklusion so ausführlich, wie es der Begriff verlangt. Es werden Fragen aufgeworfen und Antworten gegeben zu Themen wie inklusiver Arbeit, inklusiver Stadt, Inklusion im Zusammenhang mit der Migrationsdebatte, Behinderung, inklusiver Schule, Gender und inklusiver politischer Bildung.

Das Einführungskapitel widmet sich der begrifflichen Klärung und lotet die hinter dem Begriff Inklusion stehenden Möglichkeiten, Problemfragen und Notwendigkeiten aus. Im eröffnenden Beitrag arbeitet *Peter Siller* die hinter dem Begriff Inklusion stehenden sozialen Fragen heraus, deckt Widersprüche auf und macht deutlich, dass eine konturierte und politisch kontextualisierte Verwendung dieses Begriffes als Voraussetzung für zukünftige Kontroversen erst durch die Klärung jener Fragen und Widersprüche möglich wird. Darüber hinaus betont Siller, dass eine Strategie der Inklusion sowohl eine Strategie der Erneuerung und Stärkung öffentlicher Institutionen wie auch eine Strategie der gemeinsamen öffentlichen Räume verlangt, in denen Barrieren beseitigt werden und die Menschen auf Grundlage einer demokratischen Öffentlichkeit und der wechselseitigen Anerkennung ihre Potentiale und Fähigkeiten entfalten können. Wie allerdings eine Gesellschaft beschaffen ist, in der es keine festgefügtten Bilder von psychischen Erkrankungen, von Altersrollen, von Klassenmilieus und von Geschlechtscharakteren mehr gibt, fragt *Heinz Bude* im zweiten Beitrag dieses Kapitels. Das Konzept der sozialen Inklusion erfordert hier Überlegungen zu der Frage, was eine zunehmend heterogene Gesellschaft eint. Dies führt Bude zu der These, dass die eigentliche Herausforderung für eine heterogene Ge-

sellschaft in der Fähigkeit und Bereitschaft zur Empathie liegt, als Grundlage für Anteilnahme, Zuwendung und Engagement. In diesem Zusammenhang plädiert Bude für eine Rückbesinnung auf den Begriff der Solidarität. Im dritten Beitrag widmet sich *Rainer Forst* der Frage der Gerechtigkeit. Er argumentiert, dass sozialer Willkür und einer Gesellschaft der Privilegien ein neues sozialpolitisches Denken entgegengesetzt werden muss, im Sinne einer fundamentalen Gerechtigkeit, über die sich strukturelle Veränderungen wie Inklusion, Güterumverteilung und Partizipation begründen lassen. *Ole Meinefeld* spezifiziert im abschließenden Beitrag dieses Kapitels den Begriff öffentlicher Raum und deckt auf, dass sich dahinter eine Vielzahl von Räumen verbirgt, von der eine politische Analyse auszugehen hat. Meinefeld umreißt in sozialpolitischer Absicht strategische Maßnahmen, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen, um entstehenden Phänomenen multipler Inklusion und Exklusion zu begegnen, und konkretisiert dabei, wie öffentliche Räume inklusive Wirkung entfalten können.

Genügt jedoch eine dichotome Unterscheidung von »Dinnen« und »Draußen« aus, um bestehende Inklusions- und Exklusionsphänomene zu beschreiben, und welche Leerstellen müssen gefüllt werden, um die Voraussetzungen für eine inklusive Sozialpolitik schaffen zu können? *Janina Zeh* gibt im ersten Text von Kapitel II einen konzentrierten Überblick über die akademische Genese des Exklusionsbegriffs und arbeitet unterschiedliche Probleme dieses Begriffs heraus. Diese liegen zum einen in der mangelnden begrifflichen Präzision der Verwendungen, vor allem in der unzulänglichen Dichotomie eines »Dinnen« und »Draußen« der Gesellschaft, und zum anderen in der Bedeutungszuweisung des Begriffes mittels einer normativen Vorstellung dessen, was in einer Gesellschaft als zugehörig gilt. Daraus entwickelt Zeh eine vorläufige Definition des Exklusionsbegriffs. Im zweiten Beitrag zeigt *Markus Schroer*, dass Phänomene der Inklusion genauso differenziert zu betrachten sind wie Phänomene der Exklusion. Inklusions- und Exklusionsphänomene unterliegen dabei gesellschaftlichen Transformationen, wie der digitalen Revolution. Im Anschluss daran stellen sich Fragen an derzeit gebräuchliche Bestimmungen von Inklusion und die Wirkmacht von Inklusionsleistungen klassischer Institutionen, etwa im Vergleich zu sozialen Netzwerken. Ausgehend davon, dass Inklusion ein alle Menschen betreffendes Konzept ist und daher einer Verengung dieses Begriffs auf Menschen mit Beeinträchtigungen entgegengewirkt werden sollte, fragt *Frank Nullmeier* im abschließenden Beitrag dieses Kapitels, wie inklusive Sozialpolitik aussehen sollte. Nullmeier arbeitet heraus, wie inklusive Sozialpolitik aus den Begrif-

fen Teilhabe und Teilhabegerechtigkeit hervorgeht und schlägt eine Ergänzung der aktivierenden und nachsorgenden Sozialpolitik als bewährte Säulen der Sozialpolitik durch eine inklusive Sozialpolitik vor.

Der Grundgedanke sozialer Marktwirtschaft ist die Sicherung des sozialen Zusammenhalts durch Arbeit, sozialstaatliche Leistungen und sozialen Ausgleich. Geht die Schere zwischen Arm und Reich aufgrund prekärer Arbeit auseinander, sind Menschen dauerhaft arbeitslos oder gar von sozialstaatlichen Leistungen ausgeschlossen, bei einer gleichzeitig bestehenden immensen Einkommensungleichheit und übermäßiger Eigentumskonzentration, dann ist der soziale Zusammenhalt in einer Gesellschaft gefährdet. Antworten auf die Frage, wie dieser Entwicklung entgegengesteuert werden kann, liefert Kapitel III. Im ersten Beitrag stellt *Ernst-Ulrich Huster* fest, dass sich trotz der Festschreibung sozialer Inklusion im EU-Programm »Europa 2020« in absehbarer Zeit kein gemeinsames europäisches Sozialmodell abzeichnet. Vielmehr agieren nationale Politiken bis auf Weiteres aus ihrer jeweiligen Tradition heraus, um Lösungsansätze für soziale Konfliktlagen zu entwickeln. In Deutschland so Huster, hat Sozialstaatlichkeit immer auch eine disziplinierende Funktion, die Inklusionsgrenzen und in der Folge auch Armut verfestigt. Hier ist der Blick auf andere Staaten Europas hilfreich, um in Bezug auf sozialstaatliche Leistungen und deren inkludierende Wirkung voneinander zu lernen. Bedingt durch den demografischen Wandel, die rasante Veränderung der Weltwirtschaft hin zu einer wissensbasierten Dienstleistungsökonomie und den Hartz-Reformen erfährt der Arbeitsmarkt in Deutschland jedoch einen Gestaltwandel, der Segmentierungs- und Exklusionstendenzen verstärkt. *Helmut Wiesen*thal plädiert im zweiten Beitrag dieses Kapitels für einen entschlossenen Kurswechsel in der Arbeits-, Sozial- und Bildungspolitik. Der Beitrag präzisiert Maßnahmen, die die Inklusion aller Bürgerinnen und Bürger in die Arbeitsgesellschaft zum Ziel haben, um jedem Einzelnen gesellschaftliche Teilhabe, ein existenzsicherndes Einkommen und Chancen zur persönlichen Entwicklung zu ermöglichen. Durch eine weitgehend gleiche Verteilung von privatem und gesellschaftlichem Eigentum wiederum zeichnen sich Wirtschaftsdemokratien aus. *Tilo Wesche* stellt im dritten Beitrag dieses Kapitels den negativen Auswirkungen einer zu hohen Eigentumskonzentration auf Einzelne das Konzept einer Wirtschaftsdemokratie entgegen. In Wirtschaftsdemokratien wirkt Eigentumsteilhabe als ökonomische Basis politischer Inklusion und sichert so jedem Einzelnen politische Partizipationsrechte und gleiche Einwirkungen auf den sozioökonomischen Gestaltungsprozess zu. Im abschließenden Beitrag des Kapitels beschreibt *Axel Honneth* die Bedeutung

des Arbeitsmarktes für die Inklusion von Bürgerinnen und Bürgern in modernen Gesellschaften. Die Arbeitswelt wird hier in Hinblick auf die Realisierung sozialer Freiheit betrachtet. Die maßgebliche Frage zur Realisierung dieser Freiheit ist dabei die Einbettung des Arbeitsmarktes in institutionelle Gefüge, die über soziale Rechte Inklusion in diesem Bereich herzustellen vermögen.

Nicht zuletzt bedingt durch Phänomene wie Arbeitslosigkeit, Armut und Gentrifizierung ist unsere Gesellschaft zunehmend mit Sozialräumen konfrontiert, die Ausgrenzungen erzeugen und zementieren. Kapitel IV liefert eine Beschreibung der Ursachen und Auswirkungen räumlicher Segregation und diskutiert Lösungsansätze für die exklusive Wirkung der Gentrifizierung. Im ersten Beitrag des Kapitels beschreiben *Hartmut Häußermann* und *Martin Kronauer* die Auswirkungen einer zunehmenden sozialräumlichen Segregation in deutschen Städten, bedingt durch tiefgreifende Veränderungen sozialstaatlicher Sicherungssysteme und Arbeitsmarktstrukturen. Während das Quartier als Lebens- und Sozialraum soziale und materielle Ressourcen bereitstellen kann, die die soziale Teilhabe gewährleisten, kann es den Zugang zu diesen Ressourcen aber auch erschweren oder gar verhindern und so zu einer multidimensionalen Ausgrenzung führen. Es mag unter diesen Voraussetzungen zunächst mal einleuchten, dass Vielfalt als eine soziale Tatsache gelten muss und Kennzeichen einer modernen Gesellschaft ist, wie *Martina Löw* herausarbeitet. Löw plädiert vor dem Hintergrund einer schwindenden Mittelschicht als Integrationskern der Gesellschaft für die Berücksichtigung von Relationen zwischen inkonsistenten sozialen Gruppen und dem daraus entstehenden Geflecht aus oftmals widersprüchlichen Identitäten, Loyalitäten, Präferenzen und Überlagerungen, die bei der Gestaltung öffentlicher Räume und der Handlung im öffentlichen Interesse Berücksichtigung finden sollten – denn nur so kann Politik der Pluralität unserer Gesellschaft gerecht werden. Diese Pluralität wird im Besonderen in den Städten erfahren. Der abschließenden Beitrag des Kapitels von *Felicitas Hillmann* beschreibt durchaus in diesem Sinne das Verhältnis von Stadtentwicklung und Migration als Entwicklung von der »urbanen Marginalität« zur »marginalen Urbanität«: Migration ist unter den Bedingungen demografischer Veränderung in der Stadtentwicklung kein Randphänomen mehr, das alleine in sozialen Brennpunkten oder in den Kontroversen um Moscheebauten zu lokalisieren wäre. Vielmehr ist der Umgang mit Migrantinnen und Migranten und deren aktive Partizipation zu einem zentralen Faktor der politischen Steuerung von Städten geworden – und somit auch zu einem Indikator von moderner Urbanität überhaupt. So rücken etwa migrantische Ökonomien

aus der Peripherie in das Zentrum der Aufmerksamkeit von Stadtentwicklung. Es erfordert, Hillmann zufolge, eine breiter angelegte Debatte über Partizipation und »urban citizenship«, wenn partizipative Institutionen einen inklusiven Effekt beanspruchen sollen.

Demokratie wird lebendig durch Menschen, und zwar indem diese sich an demokratischen Verfahren beteiligen. Werden partizipative Möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr wahrgenommen, führt dies zu Ausschlüssen von sozialer und politischer Teilhabe. Demokratie muss dem also mit einem Angebot von Inklusion entgegenwirken. Einführend in Kapitel V stellt *Robert Vehrkamp* die Zahlen der Wahlbeteiligung aus dem Jahr 1972 den dramatisch gesunkenen Zahlen der Wahlbeteiligung aus dem Jahr 2013 gegenüber und zeigt in einer detaillierten Analyse Ursachen und Gründe dieser Entwicklung. Deutschland, so der Autor, befindet sich in einem Teufelskreis aus sinkender Wahlbeteiligung und folglich einer abnehmenden Legitimation demokratischer Institutionen. Insbesondere das Einhergehen von sozioökonomisch schwachem Status und häufiger Nicht-Beteiligung an Wahlen deutet auf Defizite in der Inklusivität des politischen Systems hin. Dem kann weniger mit der Einführung einer gesetzlichen Wahlpflicht als vielmehr mit einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung hin zu gesellschaftlichem Zusammenhalt, Inklusion und sozialer Gerechtigkeit begegnet werden. Vehrkamp schließt seinen Text mit konkreten Fragen, die eine Antwort einfordern, um unsere Demokratie vor ernsthaftem Schaden zu bewahren. Eine praktische Antwort auf die Frage, wie der politischen Abstinenz bildungsferner und einkommensschwacher Menschen und den daraus wachsenden Macht- und Einflussasymmetrien begegnet werden kann, liefert *Birgit Böhm* im zweiten Beitrag dieses Kapitels. Ein Weg zu mehr Teilhabe und Inklusion bietet das von Peter C. Diesel Anfang der 1970er Jahre entwickelte Verfahren der Planungszelle bzw. des Bürgergutachtens, in dem Bürgerinnen und Bürger in einem deliberativ-konsultativen Verfahren in die politische Willensbildung einbezogen werden. Die Autorin arbeitet neben den Chancen auch die Grenzen des Verfahrens für die demokratische Inklusion heraus. Zur Realisierung von demokratischer Inklusion sind verschiedene Verfahren zu erproben: Ein »House of Lots« (Haus der Ausgelosten), bestehend aus 200 ausgelosten EU-Bürgerinnen und -Bürger als zweite Kammer des Europäischen Parlaments mit Sitz in Straßburg – das ist der Vorschlag von *Hubertus Buchstein* im abschließenden Text dieses Kapitels, um den bestehenden Problemen der repräsentativen Demokratie und direktdemokratischer Verfahren, die Buchstein ausführlich darstellt, zu begegnen. Der Vor-

schlag steht damit quer zu den ausgetretenen Pfaden einer Debatte in den Alternativen von repräsentativer und direkter Demokratie. Demokratische Inklusion kommt hier im aleatorischen Verfahren zum Zug.

Integration in Form einer Assimilation wird dem Anspruch einer vielfältigen modernen Gesellschaft nicht gerecht. In Kapitel VI denken die Autoren darüber nach, welche Maßnahmen eine adäquate Repräsentation und Partizipation von MigrantInnen auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft darstellen können. Wenn *Mark Terkessidis* von einer »Krise der Repräsentation« spricht, verweist er damit auf eine Diskrepanz zwischen bestehenden Strukturen und einer zunehmend vielfältigen Zusammensetzung der Bevölkerung in unseren Städten, die eine Veränderung im Personalbestand und der Organisationskultur in Sachen Planung, Bildung, Gesundheit und Kultur notwendig macht. Der Autor benennt aktive Strategien mit dem Ziel der Barrierefreiheit und verdeutlicht, warum das Konzept »Integration« der Vielfalt und ihren Herausforderungen an unser Zusammenleben nicht gerecht wird. Der Text schließt mit einem Plädoyer für ein neues Ethos der Kollaboration als dem zentralen Wert unseres Zusammenlebens. Eine solche Kultur verlangt allerdings auch rechtlich nach Möglichkeiten der Inklusion. Ca. 9 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben den Status eines »non-citizens« – das sind Ausländer/innen mit festem Wohnsitz ohne Staatsbürgerschaft und deshalb von der Teilnahme an politischen Prozessen wie z.B. dem Wahlrecht ausgeschlossen. *Robin Celikates* skizziert im zweiten Beitrag dieses Kapitels die daraus entstehenden Probleme und stellt als Lösungsansätze die Strategie der Disaggregation (Verleihung des Wahlrechts) und die Strategie der Einbürgerung vor. Auch wenn der Einbürgerungsstrategie Probleme innewohnen, die sich auf die Bedingungen der Einbürgerung beziehen, spricht sich der Autor für diese Strategie aus, da diese keine Abstufung von Rechten der Bürgerinnen und Bürger beinhaltet, sondern dem grundlegenden Anspruch gerecht wird, Menschen, die dauerhaft in einem Land leben und den dort geltenden Gesetzen unterworfen sind, auch vollumfänglich die damit korrespondierenden Rechte einzuräumen. Dieser Perspektive entspricht auf der anderen Seite ein Blick auf die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund: Im abschließenden Beitrag dieses Kapitels befasst sich *Chantal Munsch* mit dem bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten und stellt in einem internationalen Vergleich dar, welchen Einfluss die jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen auf die Möglichkeiten des sozialen und politischen Engagements von Migrantinnen und Migranten haben. Die in Deutschland sehr eng geführte Diskussion entlang

der Kontroverse um »Assimilation vs. Segregation« reduziert die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten bzw. wird dem tatsächlichen Engagement nicht gerecht. Munsch zeigt an den Beispielen der Rap-Musik und der Kopftuchdebatte Formen des Engagements jenseits tradierter Formen und rät zu einer Erweiterung des Begriffs von Engagement, der die vielfältigen Formen berücksichtigt.

Mit der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel hin zu einem sozialen Modell von Behinderung wurde zusätzlich der Begriff Integration zugunsten eines allgemeinen Inklusionsverständnisses aufgegeben. Diese Entwicklung wirft neue Fragen auf, die es auch auf empirischer Ebene zu untersuchen gilt. Im ersten Beitrag von Kapitel VII formulieren *Petra Flieger* und *Volker Schönwiese* diese Fragen und sprechen sich für eine Transdisziplinarität im Sinne der Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Forschung aus. Welche immanenten Probleme das Integrationskonzept in sich bringt, stellt *Andreas Hinz* im zweiten Beitrag dieses Kapitels dar. In einem Vergleich arbeitet er die qualitativen Unterschiede einer Praxis der Integration und einer Praxis der Inklusion heraus und schließt mit einer Darstellung des Index für Inklusion, einem Instrument zur Unterstützung des Prozesses inklusiver Schulentwicklung. *Sylvia Löhrmann* legt in ihrem Beitrag die Bildungspolitik darauf fest, einen Rahmen zu schaffen, in dem den Einzelnen unter Beseitigung der gesellschaftlichen Nachteile ein Höchstmaß an Entfaltungsmöglichkeit eröffnet werden kann. Der in NRW im 9. Schulrechtsänderungsgesetz verabschiedete Schulkonsens stellt eine solche Maßnahme dar, um Inklusion im Lebensraum Schule möglich und erfahrbar zu machen. Derartige Maßnahmen können als eine wichtige Voraussetzung auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft gelten, wenn Heranwachsende ihre Erfahrungen mit Inklusion in ihrer Haltung und ihrem Verhalten zukünftig weitertragen. Abschließend stellt *Georg Feuser* die provokante Frage »Was zum Teufel ist Integration, was Inklusion?« und konstatiert den Kontrollverlust der Pädagogik über die Begriffe Inklusion und Integration als fachwissenschaftliches Versagen. Die Inklusion als Idee ist ein notwendiger Prozess der Transformation, deren Grundlage allerdings die vor vierzig Jahren begonnene Integrationsbewegung ist. Daher opponiert Feuser gegen die von Andreas Hinz vorgeschlagene Gegenüberstellung von Integration und Inklusion, weil dies zu einer reduktionistischen Verengung und Verschleierung der Probleme führe. Entscheidend ist für Feuser dagegen eine veränderte Sicht auf das Verhältnis von Welt-, Menschen und Behinderungsbild,

um der politischen Struktur unseres Schul- und Bildungssystems mit einer kritischen Analyse zu begegnen.

Kapitel VIII beschreibt praktische Umsetzungsmöglichkeiten bezogen auf Inklusion in Schule und Gesellschaft. Wie kann Inklusion in der Schule gelingen? *Matthias von Saldern* weist in seinem Text darauf hin, dass Inklusion in Bildungseinrichtungen an vielen Stellen schon unbemerkt stattfindet, aber oftmals noch nicht richtig gedacht bzw. organisatorisch umgesetzt wird. Er nennt Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die Wandlung hin zur Inklusion nicht nur in einer Ersetzung von Vokabeln verharret. *Andreas Hinz* stellt in seinem Beitrag den Index für Inklusion im Einzelnen vor. Der Index unterstützt ein systematisches Vorgehen im Prozess der Schulentwicklung entlang der Dimensionen inklusive Kulturen, inklusive Strukturen und Praktiken. Anhand einiger Beispiele und Erfahrungsberichte zeigt Hinz die Herausforderungen und Möglichkeiten einer inklusiven Schule auf. Vor dem Hintergrund der 2006 verabschiedeten UN-Behindertenrechtskonvention und dem darin verankerten Rechtsanspruch auf Inklusion verlangt die in Deutschland vorliegende Integrationsquote von gerade einmal 25 Prozent Antworten von Politik, Gesellschaft und Bildungsinstitutionen. In einem weiteren Beispiel dokumentiert *Irene Gebhardt* die Entwicklung der österreichischen Gemeinde Wiener Neudorf, in der seit 2006 mithilfe des Index für Inklusion gearbeitet wird. Sie schildert, wie sich eine ganze Gemeinde für die Teilhabe aller an allem entscheidet und wie Menschen überwiegend ehrenamtlich Verantwortung füreinander übernehmen. Gebhardt sieht darin einen zu beobachtenden Demokratisierungsschub, den die Gemeinde erfährt, aber auch die Probleme, die im Laufe der Entwicklung auftauchen. Sie kommt zu dem Schluss, dass Inklusion selbst als ein nie abgeschlossener Prozess begriffen werden kann, der mit Gelassenheit und Beständigkeit begleitet werden sollte.

Die positive Haltung gegenüber Diversität im Zusammenhang mit der Achtung und dem Respekt gegenüber unterschiedlichen historischen und kulturellen Hintergründen ist ein weiteres Kennzeichen einer inklusiven Gesellschaft. Wie kann also Vielfalt in öffentlichen Institutionen gehandhabt werden, um Strukturen zu schaffen, in denen sich Einzelne uneingeschränkt entwickeln und entfalten können, fragt *Alexander von Dippel* im ersten Beitrag von Kapitel IX. Er spricht sich für die Übernahme des aus der Privatwirtschaft bekannten Konzepts des Diversity Managements aus, dies allerdings mit einer Erweiterung durch das Konzept der Intersektionalität. Der Autor arbeitet heraus, wie durch die Kombination beider Konzepte der